

2. Die Besetzer der Stasi-Zentrale müssen sich fragen lassen, warum sie ihre Aktion nicht beenden, was sie jetzt noch damit bezwecken.

(Beifall, vor allem bei CDU/ÖA)

Niemand kann und darf sich zum Gewissen der Nation ernennen. Und ich darf Ihnen sagen: Auch ich habe eine Akte, die mich inzwischen als eindeutiges Opfer ausweist. Und ich darf Ihnen sagen: Ich verlange diese Akte nicht. Ich möchte sie nicht sehen.

(Vereinzelt Beifall)

Selbstgerechtigkeit gefährdet den inneren Frieden, zerstört den Konsens der Demokraten in einer geradezu existentiellen Frage und kann leicht in Verdächtigungen und sogar Unrecht münden, wie es gegenwärtig immer wieder vorexerziert wird.

(Zuruf von CDU/DA: So ist es!)

Zuständig für die politische Aufarbeitung der Stasi-Problematik ist die Regierung. Die Fraktion der F.D.P. mißbilligt das Verhalten der Regierung in dieser Frage.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Es war zögerlich, unentschlossen und wenig transparent, und so, wie diese Politik widersprüchlich ist, schadete sie Tätern wenig, mutete hingegen Opfern Unerträgliches zu. Das muß ein Ende haben. Die Regelung im Einigungsvertrag bietet hierzu jetzt die Voraussetzung.

Meine Damen und Herren! Mit dem Einigungsvertrag wird - und dies ist ein wichtiger Aspekt - die demokratische Rechtsordnung entsprechend dem Grundgesetz in den fünf Ländern dieser Elbe eingeführt. Da geht es um eine Vielzahl von Gesetzen und Übergangsregelungen. Aber in der Flut dieser Gesetze und Verordnungen dürfen wir die Menschen nicht ertrinken lassen. Dieses Problem hat viele Facetten und Felder. Ich verweise hier nur auf die Behördenangestellten und ihre beruflichen Ausichten nach dem 3. Oktober, auf Mitarbeiter im Gesundheitswesen und im Kulturbereich, auf Wissenschaftler, Fach- und Hochschullehrer.

Der notwendige Übergang mit seinen unvermeidlichen Härten wird nicht selten skrupellos als politische Waffe benutzt, und diese Skrupellosigkeit im Namen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit prangern wir von dieser Stelle aus an. Alte SED-Seilschaften und Personalchefs - heute natürlich parteilos oder in der PDS - befreien sich von unbequemen Mitarbeitern und sichern ihre Positionen, kritische Kollegen werden von Leuten, die sich als die kommenden Vorgesetzten verstehen, vorsorglich, nämlich unter massivem Hinweis auf Entlassungen, diszipliniert.

(Beifall bei CDU/DA - Zuruf: Jawohl! Ganz richtig!)

Und schließlich - politisch für uns als F.D.P. sehr bedenklich - nutzen CDU und SPD hier und da die Gunst der Stunde, um F.D.P.-Mitglieder und ehrenwerte parteilose Kollegen abzuschieben, um dafür Gesinnungsfreunde einzustellen.

(Protestbekundungen, vor allem bei CDU/DA)

Die Nöte der Bürger kommen aus der politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden. Der Einigungsvertrag, dies ist sein historischer Sinn, soll aus dieser desolaten Lage herausführen und den Bürgern aus ihren Nöten heraushelfen. Damit sind die Verpflichtungen des Staates beschrieben, aber auch die Grenzen staatlichen Wirkens in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft festgestellt.

Die Zukunft des Teiles von Deutschland, für den dieses Hohe Haus noch Verantwortung trägt, hängt ab vom raschen Aufbau der Länderstrukturen und den ihr entsprechenden Verwaltungsbehörden. Die Einrichtung der Clearing-Stelle in Bonn wird sich hoffentlich bald günstig auswirken, und die Zukunft

hängt davon ab, daß private Unternehmen die fünf neuen Bundesländer als Investitionsraum entdecken und nutzen. Natürlich brauchen Dienstleistungsbereiche viele Mitarbeiter. Aber Investitionen im produktiven Bereich können massenhaft Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten und die Lebensqualitäten anheben und sichern. Ohne solche Investitionen stehen langfristig nicht die Finanzmittel zur Verfügung, die notwendig sind, um die Städte zu sanieren, die Umwelt wiederherzustellen und zu schützen, die Infrastrukturen zu entwickeln sowie Kultur und Wissenschaften zu bezahlen. Geschieht dies alles nicht, dann entstehen hier Konfliktfelder und eine neue Fluchtwelle in Richtung Westen.

In einem Satz gesagt: Die Wirtschaft muß gesamtdeutsch denken und gesamtdeutsch entscheiden. Die F.D.P. hat gesagt, worauf es ankommt, was mit Sicherheit greift, damit es entschlossen etwas auf den Weg bringt. Die fünf neuen Länder brauchen Steuersätze, die niedriger sind als die im übrigen Bundesgebiet. Solche Steuersätze würde erstens private Investoren anziehen, auch aus dem Ausland, wodurch zweitens Arbeitsplätze entstehen und drittens auf Dauer Erträge und Einnahmen fließen, die alsbald den allgemeinen Aufschwung tragen könnten.

Von außerordentlicher Bedeutung ist, daß die Tarifpartner Maß halten in ihren Forderungen und so der Versuchung widerstehen, ihre Politik am Ende für den Tag zu messen oder messen zu lassen. Solche Erfolge sind Scheinerfolge. Sie wirken kontraproduktiv. Sie schaden denjenigen, denen sie vorgeben zu nutzen.

Und schließlich, aber nicht zuletzt, müssen alle, die dafür Verantwortung tragen, davon abgehen, über berufliche Umschulung und berufliche Weiterbildung nur zu reden oder wohlklingende Programme ausarbeiten zu lassen. Es muß gehandelt werden. Nicht zu begreifen ist, daß Betriebe die Berufsausbildung vernachlässigen oder sogar ganz aufgeben. Diese Kurzsichtigkeit wird sich bitter rächen.

Meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion gibt dem Vertrag ihre Zustimmung. Er wird zutreffenderweise als Einigungsvertrag, und das sogar im doppelten Sinne, in die Geschichte eingehen. Er entspricht in diesem Sinn dem Willen des deutschen Volkes. Ihm sind wir freien Demokraten verpflichtet. Und schließlich zeigt uns die Kompliziertheit und Beschwerlichkeit des Beitrittes zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23, wie gut und richtig es war, genau diesen Weg und nicht den über Artikel 146 des Grundgesetzes zu gehen. - Danke.

(Beifall bei F.D.P. und CDU/DA)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Als nächster spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete — Schwarz.

#### **Schwarz für die Fraktion der DSU:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Wort zu Herrn Gysi: Seine Partei wird im neuen Armenhaus gewiß keine Not leiden. Diese Partei verfügt über immense Mittel.

Meine Damen und Herren! Ende gut, alles gut, könnte man sagen. Nun liegt der Vertragsentwurf vor. Die 2. Lesung gibt ihm Gesetzeskraft. Es hätte kein Gesetz gegeben, das alle zufriedengestellt hätte. Jede Partei hier im Haus hätte gern alle ihre Aussagen untergebracht. Im Prinzip ist es keinem gelungen. Und doch hat dieser Vertrag historische Größe. Er wird einmal in Geschichtsbüchern stehen als der Schlußpunkt eines Landes und einer Herrschaft, die durch eine unblutige Revolution zu Fall gebracht wurden.

Nach 1945, mehr noch nach 1948/49 driften zwei Teile eines Vaterlandes auseinander. Mauern und Gräben wurden errichtet, in der Landschaft und in den Köpfen. In beiden Teilen wurde neu angefangen und aufgebaut. Das eine hielt, das andere brach zusammen. Das eine System war demokratisch, sicherte Pluralität,